



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Energieministerkonferenz 2024 in Brunsbüttel

8. November 2024

MÜNCHEN Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat sich bei der Energieministerkonferenz (EnMK) 2024 in Brunsbüttel für eine zukunftsfähige Energiepolitik eingesetzt, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herstellt. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit müssen gewährleistet sein. Der Staatsminister forderte „mehr Realismus und Technologieoffenheit bei der Energiepolitik und weniger Ideologie.“

Das Gremium, dem alle Energieministerinnen, Energieminister, Senatorinnen und Senatoren der Länder angehören, stimmte drei für Bayern wesentlichen Beschlussvorschlägen zu.

Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft anschieben

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die derzeit ausgesetzten Förderprogramme im Bereich der Wasserstoff-Mobilität wieder aufzunehmen. Aiwanger: „Nach der festgelegten Infrastruktur-Planung durch ein Wasserstoffkernnetz in Deutschland müssen wir jetzt Wasserstoff-Projekte mit Förderprogrammen anschieben, um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen. Das geht vom Einsatz der Brennstoffzellentechnologie für Nutzfahrzeuge bis zum Einsatz von Wasserstoff als Energieträger in der Industrie. Deutschland muss die nationale Wasserstoffstrategie umsetzen, damit das Ziel, Leitmarkt für Wasserstofftechnologie zu werden, auch erreicht wird.“

Biogas als Baustein für ein klimaneutrales Energiesystem der Zukunft

Die Energieministerkonferenz stellte fest, dass Biogas ein wichtiger Baustein der Energiewende ist. Aiwanger: „Wir brauchen jetzt zeitnah die Umsetzung der angekündigten Biomassestrategie mit einem großen Biomassepaket. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des Ausschreibungsvolumens für die Biomasseförderung auf mindestens 1.200 Megawatt pro Jahr. In Deutschland ist Bioenergie mit 50 Terawattstunden Strom und 170 Terawattstunden Wärme ein stabiler und verlässlicher Baustein unserer Energieversorgung. Das muss langfristig gesichert und ausgebaut werden.“

Versorgungsstabilität durch Kraftwerksstrategie sichern

Nach EnMK-Einschätzung kann nur mit einem signifikanten Zubau an wasserstofffähigen Gaskraftwerken die Stromversorgungssicherheit zukünftig trotz Kohleausstiegs auf dem bisherigen Niveau gesichert werden. Aiwanger: „Wir fordern den Bund auf, alles zu unternehmen, die Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke im Rahmen der Kraftwerksstrategie zu beschleunigen. Die ersten Ausschreibungen müssen schon Anfang 2025 starten. Wir brauchen einen verlässlichen Zubau von 17 bis 21 Gigawatt (GW) Kraftwerkskapazität bis 2031. Es darf keinesfalls eine Lücke bei der Stromversorgung entstehen.“

Ansprechpartner:

Jürgen Marks

Leiter Pressereferat

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

